

Berthold Huber
Erster Vorsitzender der IG Metall



Zukunftsreferat

22. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall

9. bis 15. Oktober 2011 in Karlsruhe

Kurswechsel: Gemeinsam für ein Gutes Leben

Karlsruhe, 12. Oktober 2011

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

1. JUNGE

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in vielen Städten der Welt gehen junge Menschen auf die Straße. Ich finde es faszinierend, wie phantasievoll, ausdauernd und vor allem friedlich sie gegen Bildungsnotstand, Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung protestieren.

Zehntausende schlugen ihre Zelte mitten in Tel Aviv auf. In Santiago de Chile klapperten sie tausendfach auf Töpfen gegen ein feudales Bildungssystem, das nur einer reichen Oberschicht dient.

In Portugal gründete eine 23jährige junge Frau eine Facebook-Gruppe. Dort diskutierten sie über Scheinselbständigkeit, prekäre Beschäftigung und schlechte Bezahlung. Drei Tage später war diese Gruppe auf mehrere Tausend Mitglieder gewachsen. Einen Monat später folgten ihrem Demo-Aufruf 300 000 Menschen und gingen auf die Straße.

Und es sind überwiegend junge Menschen, die bei den demokratischen Revolutionen in den arabischen Staaten gegen einen Rückfall in diktatorische Strukturen demonstrieren und kämpfen.

Das sind Beispiele lebendiger Demokratie, das verstehe ich auch unter Beteiligung und das ist Einmischung der Menschen.

Kolleginnen und Kollegen,

will die IG Metall jetzt Zeltlager vor dem Kanzleramt – organisiert auf Facebook? Ich will das gar nicht ausschließen. Aber um eine Debatte über neue Aktionsformen geht es mir an dieser Stelle nicht. Es geht mir um etwas anderes:

Diese Beispiele widersprechen der These, junge Menschen seien unpolitisch und nicht engagiert.

In vielen Ländern der Welt gibt es Jugendbewegungen. Die haben nicht resigniert und sind nicht entpolitisiert.

Aber, ich bitte darüber nachzudenken: Gewerkschaften spielen dabei meist eine Nebenrolle.

Bei uns ist das anders. Die IG Metall ist nicht Zuschauer. Sie ist Akteur. Das hat zuletzt der Aktionstag unserer IG Metall Jugend in Köln eindrucksvoll gezeigt. Unsere Jugend lässt sich nicht ihre Zukunft verbauen. Ihre Devise ist: Selbst handeln, statt schlecht behandelt werden. Einige von Euch sind heute hier im Saal. Ich will Euch ausdrücklich sagen: Euer Aktionstag war klasse! So müsst ihr, so müssen wir weiter machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben die Situation der Jungen zu einem Schwerpunkt unserer eigenen Arbeit gemacht. Ich glaube, das muss auch in Zukunft unser Maßstab sein. Jedes zweite neue Mitglied ist unter 27 Jahren. Im September waren 9 428 mehr junge Menschen Mitglied als vor einem Jahr. Da können wir nicht unzufrieden sein, oder? Das zeigt: Wir sind auch für die Jugend attraktiv. Die IG Metall ist mit über 200 000 jungen Mitgliedern die größte politische Jugendorganisation in Deutschland. Ich bitte das, die Öffentlichkeit endlich zur Kenntnis zu nehmen!

Wir wollen aber noch besser werden. Ich schlage vor, dass wir die Ressourcen für die Jugendarbeit aufstocken. Und zwar deutlich!

Die Jugend steht im Mittelpunkt unserer Arbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was diese Gesellschaft der jungen Generation zumutet, verstößt zutiefst gegen jedes Gerechtigkeitsempfinden. Es verstößt gegen meine Vorstellung von einer lebenswerten Gesellschaft.

50 Jahre lang war die Bundesrepublik von dem Versprechen geprägt: Du wirst es einmal besser haben als deine Eltern. Dieses Versprechen wird seit einigen Jahren nicht mehr eingehalten.

Vergangenes Jahr haben knapp 38 Prozent der 15- bis 25-Jährigen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen gearbeitet. Das ist mit Abstand der höchste Wert aller Altersgruppen. So können junge Menschen nicht selbstbestimmt ihr Leben planen.

Trotz aller Wehklagen über drohenden Fachkräftemangel: Zu viele Unternehmen verweigern ausgebildeten jungen Menschen den Übergang in ein normales, festes Arbeitsverhältnis.

Kolleginnen und Kollegen, das akzeptiert die IG Metall nicht. Wir fordern die unbefristete Übernahme für die jungen Leute, die ausgebildet sind. Da werden wir nicht locker lassen.

Niemand darf es gleichgültig sein, wenn unser Bildungssystem versagt. Deutschland gibt weniger für Bildung aus als viele andere Industrieländer. Von den Spitzenreitern sind wir meilenweit entfernt.

Bildung ist und bleibt die wichtigste Basis von Wohlstand und Produktivität in unserer Gesellschaft. Deshalb fordern wir den längst fälligen Kurswechsel im Bildungssystem. Wir benötigen Schulsysteme, die Kinder fördern statt aussortieren. Dazu gehört längeres gemeinsames Lernen in der Schule.

Wir fordern ein durchlässiges Bildungssystem, das viele Wege öffnet. Wir wollen ein Recht auf Weiterbildung und Entwicklungschancen für alle.

Wir sind gegen Studiengebühren und für ein Bafög, das Menschen unabhängig von ihrer Herkunft ein Studium ermöglicht.

Und den Arbeitgebern sage ich in aller Deutlichkeit: Hören sie damit auf, jungen Menschen die Chance auf eine Ausbildung zu verweigern, nur weil sie keine Top-Noten aus der Schule mitbringen. Das ist diskriminierend.

Was auf keinen Fall sein kann: Der Geldbeutel und die Bildung der Eltern dürfen nicht über die Chancen von Kindern und Jugendlichen entscheiden. Dagegen werden wir immer kämpfen: Alle Menschen haben das gleiche Anrecht auf Lebenschancen!

Junge Menschen sollen ihre Lebensentwürfe selbst bestimmen können. Das gehört zu unserem Konzept vom Guten Leben.

Individuelle Verwirklichungschancen müssen aber für alle gelten. Nicht nur für Privilegierte. Nur dann können wir von einer fairen Teilhabe sprechen.

Der indische Nobelpreisträger Amartya Sen hat das immer wieder betont: Freiheit und Gerechtigkeit sind kein Gegensatz. Das eine braucht das andere. Gutes Leben gelingt nur in einer freien und gerechten Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

jede Generation entwickelt eigene Kommunikations- und Aktionsformen. Das irritiert manchmal die Älteren. Auch mich manchmal. Sonst hätte ich jeden Tag Ärger mit meinen Kindern.

Ich sage: Wenn wir junge Menschen beteiligen wollen, dann müssen wir diese Irritationen aushalten.

Nein, wir müssen sie nicht aushalten. Das hört sich viel zu sehr nach Erdulden an. Wir müssen diese neuen Formen als Chance begreifen, sie respektieren und ernst nehmen.

Wir können nicht davon ausgehen, dass unsere üblichen Arbeitsweisen junge Menschen in jedem Fall ansprechen. Denkt an so manche Delegiertenversammlung.

Als JAVi, junge Betriebsrätin oder Betriebsrat, tritt man manchmal jemand auf die Füße. Mal zu Unrecht, oft zu Recht.

Möglicherweise gehört der untere Fuß auch mal mir. So ist das nun mal: Wollen wir Menschen beteiligen, bedeutet das, dass wir uns auch aneinander reiben und dass wir aushalten müssen.

Ich möchte unsere jungen Kolleginnen und Kollegen ausdrücklich dazu ermuntern, ihre Interessen selbstbewusst zu vertreten. Denn aus Reibung entsteht Energie. Und diese Energie braucht die IG Metall für ihre Arbeit.

2. ARBEIT

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nicht nur für Jugendliche, die das ganze Leben noch vor sich haben, für alle ist wichtig, dass gute Arbeit zur Regel wird.

Arbeit stärkt das Selbstwertgefühl der Menschen. Sie fördert gesellschaftlichen Fortschritt und ist Basis des sozialen Lebens.

Keine Frage: Die Arbeitswelt wandelt sich ständig. Doch eines bleibt auf jeden Fall: Erwerbsarbeit ist die Basis unserer Ökonomie.

Reichtum und Wohlstand unserer Gesellschaft gründen nicht auf spekulativen Blasen an den Finanzmärkten. Reichtum und Wohlstand in Deutschland basieren auf der Arbeit von Millionen Beschäftigten in den Werkhallen und Büros, in der Produktion wie in den Dienstleistungen.

Diese Wert schöpfende Arbeit bestimmt das Schicksal der großen Mehrheit der Menschen. Das Arbeitsverhältnis bleibt für unsere Gesellschaft prägend. Aber das bedeutet nicht Arbeit um jeden Preis und unter allen Bedingungen! Auf keinen Fall!

Es bleibt festzuhalten: Der wirtschaftliche Nutzen und die gesellschaftliche Anerkennung von Arbeit sind nicht deckungsgleich. Der wirtschaftliche Nutzen rechnet sich in Euro und Cent. Die gesellschaftliche Anerkennung drückt sich in sozialen Rechten aus: In Tarifverträgen, fairer Teilhabe, Mitbestimmung und sozialer Sicherung.

Marktradikale Politik hat den Zusammenhang von wirtschaftlichem Nutzen, den Arbeit stiftet und ihrer sozialen Anerkennung aufgelöst. Das Leistungsprinzip wurde auf den Kopf gestellt. Dafür gibt es zahlreiche Fakten:

In Deutschland sind nicht nur fast drei Millionen Menschen offiziell arbeitslos.

Sieben Millionen Menschen sind gezwungen, für Niedriglöhne auf ungeschützten Arbeitsplätzen zu arbeiten.

Jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor. Das ist mehr als Statistik.

Die Ausweitung des prekären- und Niedriglohnsektors ist ein tiefer Bruch in unserer Arbeitskultur. Die Unsicherheit wird zur gesellschaftlichen Norm.

Arbeit ist aber keine Ramschware. „Gute Arbeit“ und das geschützte Beschäftigungsverhältnis sind das Fundament für das Solidarsystem der Arbeitsgesellschaft. Wer dieses Fundament beschädigt, wer Menschen ausgrenzt, wer ihnen Sicherheit nimmt, der beschädigt den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft und letztlich beschädigt er unser demokratisches Gemeinwesen.

Die deregulierten Arbeitsmärkte haben die Arbeitslosigkeit nicht verringert. Sie haben den Zusammenhang von Arbeit, Wohlstand und sozialer Sicherheit zerstört.

Wenn wir uns heute gegen Angriffe auf Tarifverträge, auf Mitbestimmung und soziale Sicherungssysteme wehren, dann geht es im Kern genau um diese Frage: Um die gesellschaftliche Anerkennung von Arbeit, um die soziale Würde der Beschäftigten. Und damit um die soziale Würde der großen Mehrheit in unserer Gesellschaft.

Der Kampf gegen Prekarisierung und für sichere Arbeitsplätze ist deswegen eine zentrale Aufgabe der Gewerkschaften. Es geht nicht nur um ökonomische Rationalität.

Es geht um Inhalt und Form der Arbeit, um den Status und die sozialen Rechte der Beschäftigten und in letzter Konsequenz auch um den Charakter der Gesellschaft, in der wir leben.

Die Frage lautet: Rücksichtslose Konkurrenz oder Solidarität? Ich bin überzeugt: Eine humane Gesellschaft ist ohne Solidarität und Gerechtigkeit nicht vorstellbar.

Der Kampf um Mindestlöhne, gegen tariffreie Zonen, um gute Einkommen ist das gemeinsame Ziel aller DGB-Gewerkschaften.

Die IG Metall steht zu ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung. Wir sind solidarisch mit allen Beschäftigten, egal ob am Band, in den Entwicklungsabteilungen, an der Ladenkasse oder im Pflegeheim. Gute Arbeit muss für alle gelten!

Kolleginnen und Kollegen,

was ist das für eine zynische Ökonomie, in der Leiharbeit nicht mehr unter Personalausgaben, sondern unter Materialeinkauf verbucht wird? Wenn Menschen wie Material möglichst billig eingekauft, verschlissen und verbraucht werden, dann ist das zutiefst inhuman.

Wir wollen keine Apartheid in den Betrieben.

Auf der einen Seite die Festangestellten mit allen tariflichen Rechten; auf der anderen Seite befristet Beschäftigte, Leiharbeiter und Beschäftigte mit Werkverträgen.

Das ist nicht die Arbeitswelt, die wir uns vorstellen, das ist nicht die Zukunft, die wir uns wünschen. Das wollen wir nicht haben!

Die Arbeitgeber, die das wollen, spalten mit prekärer Beschäftigung die Belegschaften, sie verändern die Kräfteverhältnisse im Betrieb, sie schwächen Betriebsräte und Gewerkschaften. Sie wollen frei über die Arbeitskräfte verfügen. Das ist Flexibilität nach ihren Vorstellungen.

Wenn wir prekäre Arbeit zurückdrängen wollen, hat das zentrale Bedeutung für das Ordnungssystem der Arbeitswelt. Wir wollen absolut einseitig damit die Normierungskraft von Tarifverträgen und unsere Durchsetzungsfähigkeit erhalten: Wir wollen, dass die Würde der Beschäftigten respektiert und ihre Arbeitsleistung anerkannt wird.

Wenn wir prekäre Arbeit zurückdrängen wollen, hat das zentrale Bedeutung für das Ordnungssystem der Arbeitswelt. Wir wollen damit die Normierungskraft von Tarifverträgen und unsere eigene Durchsetzungsfähigkeit erhalten: Wir wollen, dass die Würde der Beschäftigten respektiert und ihre Arbeitsleistung in jeder Hinsicht anerkannt wird.

Das Zurückdrängen und Regulieren prekärer Arbeit ist auch eine Herausforderung für die Betriebs- und Tarifpolitik der IG Metall.

Das sind nicht nur leere Worte. Hier sind viele unserer Betriebsräte engagiert.

Aktuelles Beispiel: Bei Airbus haben vergangenen Freitag über 11.000 Beschäftigte die Arbeit nieder gelegt. In einem Zukunftstarifvertrag wollen sie unter anderem die Leiharbeit einschränken. 22 Prozent der Beschäftigten bei Airbus sind Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Einige schon seit zehn Jahren.

Ich finde: Was die Kolleginnen und Kollegen mit ihrem Warnstreik auf die Beine gestellt haben, ist super. Die IG Metall unterstützt nachdrücklich diese Initiative.

Ich will aber auch in Richtung Bundesregierung klar sagen: Tarifpolitik ist nicht die Reparaturwerkstatt für Versäumnisse der Politik. Da wird doch immer gefaselt über Tarifautonomie. Das ist doch nur eine Entschuldigung, weil man selbst nichts tun will.

Ich verlange von der Bundesregierung: Machen Sie endlich Schluss mit der Prekarisierung von Arbeit. Das ist für uns verantwortungsvolle Regierungspolitik!

Gute Arbeit ist nicht zu Ramschpreisen zu erhalten. Das unterscheidet den Sozialstaat vom Raubtierkapitalismus.

Wer ungebändigten Kapitalismus will, der ist eine Gefahr für den sozialen Frieden – in Deutschland, in Europa, auf der ganzen Welt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu guter Arbeit gehört auch: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Dabei darf das Geschlecht keine Rolle spielen.

Der Kampf um die Gleichberechtigung hat sich nicht erledigt.

Noch immer werden Frauen schlechter bezahlt als Männer – und das teilweise massiv. Es ist auch nicht hinnehmbar, dass überwiegend Frauen in Mini- und Teilzeitjobs abgedrängt werden.

Frauen bekommen auch weniger Chancen, sich weiterzubilden. Das behindert ihr berufliches Fortkommen. Hier sind wir gefordert, auch in den Betrieben.

Wichtig sind Arbeitszeiten, die Beruf und Familienleben möglich machen. Dazu gehören aber auch genügend Plätze in Kindertagesstätten.

Ohne diese Bedingungen werden Frauen gegen ihren Willen auf die Rolle von Zu-Verdienerinnen reduziert. Sie haben einen Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben und wollen das auch. Das gilt auch und gerade für Alleinerziehende.

Und, Kollegen: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht nicht nur die Kolleginnen an. Auch die Pflege von Angehörigen ist kein Frauenthema. Das geht uns Männer genau so an.

Ich will mit aller Klarheit sagen: Ob Frauen sich durch Erwerbsarbeit eine eigenständige und gleichberechtigte Existenz sichern können – das ist in meinen Augen eine Nagelprobe dafür, wie ernst wir unsere Forderung nach einer gerechten und solidarischen Gesellschaft nehmen. Nicht mehr und nicht weniger!
Wir sehen das in der betrieblichen und gesellschaftlichen Realität.

Kolleginnen und Kollegen, rücksichtsloses Arbeitgeberverhalten ist nicht auf Geschlechterungleichheit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse beschränkt.

Selbst diejenigen, die ein festes Arbeitsverhältnis haben, sind mit den Folgen des Renditewahns konfrontiert.

Auch der zunehmende Leistungsdruck zeigt, wie wirtschaftlicher Nutzen und die soziale Anerkennung von Arbeit auseinanderdriften.

„Burn-out“, Erschöpfungszustände und Depressionen gehören heute zu den häufigsten Krankheitsursachen in den Betrieben. Das ist vor allem auf Arbeitshetze, auf Angst vor Arbeitslosigkeit, auf eine Perversion des Leistungsgedankens zurückzuführen.

Jeder Beschäftigte soll als Individuum konkurrenzfähig sein, muss seine Rentabilität täglich unter Beweis stellen. Wer sich nicht „rechnet“, so der zynische BWL-Jargon, dem droht die Ausgrenzung, bis hin zur Arbeitslosigkeit.

Nicht mehr der Mensch ist das Maß. Maßlose Renditeerwartungen bestimmen den Takt der Arbeit.

Der grenzenlos belastbare und flexible Mensch ist das Leitbild einer inhumanen Arbeitskultur. Sie reduziert die Beschäftigten auf ihre Arbeitsfähigkeit. Überlange

Arbeitszeiten verbunden mit wachsendem Arbeitsstress verschleißen Arbeitsfreude und Lebenskraft.

Es geht aber nicht nur um Arbeitsstress. Es ist auch nicht hinnehmbar, dass immer mehr Arbeitszeit verfällt.

Arbeit zum Nulltarif – das ist Enteignung der Beschäftigten. Deshalb wollen wir bundesweit Tarifverträge zu Arbeitszeitkonten. Der Grundsatz ist: Keine Stunde darf verfallen. Auch Betriebsvereinbarungen, die dem widersprechen, sind zu kündigen.

Wo Vertrauensarbeitszeitregelungen bestehen, muss sie zu tatsächlicher Arbeitszeit-Souveränität führen. Beschäftigte müssen über Freistellungsansprüche mitentscheiden können. Vertrauen gibt es nicht einseitig, sondern nur auf Gegenseitigkeit.

Wir brauchen auch tarifvertragliche Regulierungen für individuelle Arbeitszeiten. Ingenieure, die zum Beispiel Brennstoffzellen in Projekten entwickeln, wollen einen Arbeitsabschnitt zu Ende bringen. Das geht auch mal bis spät abends.

Aber auch hier darf die geleistete Arbeitszeit nicht verfallen. Die Beschäftigten müssen freie Wahlmöglichkeiten haben und die IG Metall muss dafür sorgen, dass sie diese bekommen.

Zur Zeitsouveränität gehören auch faire Ausstiegsmöglichkeiten für ältere Beschäftigte. Bis 67 zu arbeiten, ist keine Lösung!

An dieser Idee waren vielleicht Finanzmathematiker der Versicherungen beteiligt, mit Sicherheit aber niemand, der in seinem Leben jemals im Minutentakt Autos montiert hat, in einer Näherei arbeitet oder auf der Montage seine Knochen bei Wind und Wetter hinhalten muss!

Wir fordern faire Ausstiegsmöglichkeiten für unsere älteren Kolleginnen und Kollegen!

Eine grundsätzliche Frage ist: Können sich unsere Kolleginnen und Kollegen in der Arbeit entfalten, sind sie Motoren von Innovationen oder sind sie getriebene Rädchen, die ausgetauscht werden, wenn sie verschlissen sind?

Die Epoche des rücksichtslosen Shareholder-Kapitalismus ist gescheitert. Wir brauchen eine neue Epoche, in der gute Arbeit die Grundlage unseres Wachstums- und Wohlstandsmodells ist.

Dazu gehört auch eine gesellschaftliche Debatte. Ich fordere deshalb die Bundesregierung auf, zusammen mit den Gewerkschaften, ein großes Projekt „Neue Kultur der Arbeit“ aufzulegen. Im Interesse der Beschäftigten, im Interesse der Betriebe, aber auch im Interesse einer zukunftsfähigen Gesellschaft.

3. WACHSTUM – INDUSTRIE – ÖKOLOGISCHER UMBAU

Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir über die Frage „Wie wollen wir in Zukunft arbeiten und leben?“ diskutieren, können wir Industrie- und Umweltpolitik nicht voneinander trennen.

Manche sagen, wir treiben wie auf einer Eisscholle in der Karibik. So fatalistisch bin ich nicht. Ich bin manchmal skeptisch. Aber ich halte nichts von apokalyptischen Prophezeiungen. Aber Verharmlosen bringt uns auch nicht weiter.

Die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, der Klimawandel, die Ressourcenverknappung und nicht zuletzt die Atomkatastrophe in Fukushima, in Japan, zwingen zur Einsicht: Ein Wachstums- und Wohlstandsmodell, das auf einem scheinbar unbegrenzten Energie- und Materialverbrauch beruht, hat keine Zukunft.

Der rücksichtslose Raubbau an unserem Planeten, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen müssen ein Ende haben.

Trotzdem oder gerade deshalb brauchen wir Wachstum, auch industrielles Wachstum. Sonst gelingt der ökologische Kurswechsel nicht. Ich bin fest davon überzeugt: Der industrielle Sektor bleibt – jenseits aller Debatten um eine Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft – die Basis einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung.

Es geht uns nicht um blindes Wachstum. Mit industriellem Wachstum wollen wir dazu beitragen, ökologische und soziale Probleme zu lösen. Es geht – wie wir

sagen – um qualitatives Wachstum. Voraussetzung dafür ist aber eine aktive und nachhaltige Industriepolitik. Die wollen wir mit gestalten.

Vor fast 40 Jahren hat die IG Metall auf ihrem Kongress in Oberhausen Lebensqualität und Umweltschutz auf die Tagesordnung gesetzt. Oberhausen wurde zum Wegweiser nicht nur für die IG Metall. Daran wollen wir anknüpfen.

Wir werden im nächsten Jahr auch auf einer großen internationalen Konferenz die strategischen Debatten über einen sozialen und ökologischen Kurswechsel weiterführen.

Ich will einige Schwerpunkte für unsere Branchen nennen:

- Mehr Energie- und Materialeffizienz der Produkte und Prozesse.
- Der Umstieg zu Erneuerbaren Energien.
- Die Entwicklung nachhaltiger Mobilität und
- den Ausbau eines industriellen Recyclingsystems.

Bei diesem Umstieg ist die Metall- und Elektroindustrie mit ihren Technologien und Kompetenzen in der Pole-Position. Noch ist die Industrie viel zu sehr Teil des Problems, aber sie verfügt zugleich über die Technologien zur Lösung vieler Probleme.

Gerade die deutsche Industrie mit ihrer breiten Produktpalette und ihrer dynamischen Innovationskraft hat die besten Chancen, um die weltweiten ökologischen Bedrohungen mit innovativen Produkten zu reduzieren.

Die Zukunftsfähigkeit von Unternehmen wird entscheidend davon abhängen, wie schnell Technologien zur Energie- und Ressourceneffizienz genutzt und verbessert werden.

Mehr Ressourceneffizienz fördert Beschäftigung und Standortentwicklung.

McKinsey rechnet in Deutschland bis zum Jahr 2020 mit rund 850 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Der ökologische Umbau, wenn er gelingen soll, kann kein rein nationales Projekt sein. Er muss ein europäisches und globales Projekt werden. Deshalb fordere ich ein Investitionsprojekt in Europa, das den Herausforderungen des Klima- und Umweltschutzes gerecht wird. Das ist schon lange überfällig.

Nur noch ganz unbelehrbare Marktliberale vertrauen auf das sogenannte freie Spiel der Kräfte. Wir wissen: Ohne gezielte Industriepolitik wird ein umfassender Strukturwandel nicht gelingen.

Einen ersten Schritt in diese Richtung haben wir mit der „Nationalen Plattform Elektromobilität“ gemacht. Erstmals ist in Deutschland ein Fahrplan für eine koordinierte Industriepolitik bei einer Zukunftstechnologie entwickelt worden.

Es ist unter maßgeblicher Beteiligung der IG Metall gelungen, Politik und Unternehmen auf Wertschöpfung am deutschen Standort festzulegen und verbindliche Investitionszusagen zu erreichen. Wir brauchen weitere Projekte dieser Art. Vor allem für die Energiewende und alle damit verbundenen Vorhaben.

Wir wollen, dass in den grünen Märkten auch gute Arbeit entsteht. Deutschland hat mit erheblichem Steueraufwand regenerative Energien ausgebaut. Die Erfahrungen, zum Beispiel mit Betrieben der Photovoltaik in den fünf neuen Bundesländern sind zwiespältig.

Es wäre wirklich ein schlechter Witz, würde sich ausgerechnet in der Umwelttechnologie eine mitbestimmungs- und gewerkschaftsfreie Zone etablieren. Wir müssen und werden das verhindern!

Ein „Green New Deal“ kann nur gelingen, wenn daraus gleichzeitig ein „Good Deal“ für die Beschäftigten wird. Nachhaltigkeit gibt es nur im Doppelpack, nämlich ökologisch und sozial!

4. ÖKONOMIE

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein sozial-ökologischer Umbau erfordert politische Leitplanken. Die Politik muss der Ökonomie Ziele vorgeben und Regeln setzen. Es geht um das Primat der Politik.

Das sehen wir an der Entwicklung der Finanzmärkte. Realwirtschaftliche Investitionen amortisieren sich nicht in Sekunden, Stunden oder Tagen. Gerade Investitionen in die Energiewende sind langfristig angelegt. Spekulatives Kapital und Nachhaltigkeit sind wie Feuer und Wasser.

Ohne regulierte Finanzmärkte gibt es keine stabile Ökonomie.

Bisher ist zu wenig geschehen. Es wird munter weiter spekuliert. Es fehlt an koordiniertem Handeln, aber auch an politischer Entschlossenheit. Die Politik muss dafür sorgen, dass die Finanzwirtschaft ihr Geschäftsmodell grundlegend verändert. Sonst haben wir die nächste Krise vor der Tür.

Ich möchte nicht missverstanden werden: Finanzmärkte werden gebraucht. Sie können und müssen die Realwirtschaft unterstützen. Auf diese Aufgabe müssen sie konzentriert und zurückgeführt werden: Transparent, kontrolliert und mit klaren Regeln.

Die Lage ist heute – wie das in der Wirtschaftssprache heißt – äußerst volatil.

Schneller als je zuvor können sich Problemlagen zu Krisen steigern und zu Abstürzen führen. Das haben wir 2008 und 2009 erlebt. Unregulierte Finanzmärkte sind Sprengstoff für die globale Ökonomie. Deswegen: Die Regulierung der Finanzmärkte ist unverzichtbar und überfällig und es ist eine unbedingte Forderung, dass das endlich angepackt wird.

Wer glaubt, wir hätten die Krise schon hinter uns und wir könnten uns auf Nachkrisen-Konzepte beschränken, der ist jenseits dieser Welt. Wir sind mitten drin in einer Banken- und Schuldenkrise. Sie kann jederzeit auf die Realwirtschaft durchschlagen.

Staaten drohen zusammen zu brechen. In den Betrieben, in denen wir im Moment gut ausgelastet sind, weiß niemand, wie sich die Auftragslage weiter entwickelt, Banken leihen sich untereinander schon kein Geld mehr. Wir brauchen beides. Krisenvorbeugung und für den Fall, dass sich die Situation verschärft, ein neues Interventionsprogramm.

Dies kann auf Bewährtes zurückgreifen. Da ist zum Beispiel die Verlängerung der Kurzarbeit. Wir brauchen aber auch neue Instrumente, um die Konjunktur zu stabilisieren. Damit wollen wir Beschäftigung und die Existenz von Betrieben sichern und schützen.

Kolleginnen und Kollegen,

unsere Krisenintervention 2008/2009 war erfolgreich, weil die Beschäftigten, die Betriebsräte und unsere IG Metall beteiligt waren. Beteiligung und Mitbestimmung sind der Generalschlüssel, um die Wirtschaft demokratischer zu gestalten. Wir wollen eine echte Mitsprache bei wesentlichen wirtschaftlichen Fragen. Wir wollen Entscheidungsrechte bei strategischen Fragen!

Denn: Immer häufiger kämpfen Betriebsräte gegen kurzfristiges Renditedenken, für Investitionen in Anlagen, in Forschung und Entwicklung oder neuere Produkte. Die engagierten Vertreter einer nachhaltigen Industriepolitik sind bei den Betriebsräten und den Gewerkschaften zu suchen.

Es geht um Arbeitsplätze, um berufliche Existenzen, um die Zukunft ganzer Regionen. Darauf wollen wir Einfluss nehmen. Deswegen müssen wir mehr Demokratie in der Wirtschaft wagen!

Wir nehmen ja bereits Einfluss auf Investitionen und Wirtschaftsentwicklung. Zum Beispiel bei den „Besser-statt-billiger-Vereinbarungen“.

Gewerkschaften sind an regionalen Strukturprojekten beteiligt. Und wir haben die Unternehmensmitbestimmung, die wir weiter ausbauen müssen.

Wir brauchen eine Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung, ganz besonders bei Sanierungskonzepten, bei Betriebsänderungen, bei Beschäftigungssicherung, beim Recht auf externe Beratung, bei Leiharbeit und Werkverträgen, um nur einige Punkte zu nennen.

Kein vernünftiger Mensch würde behaupten, Demokratie eigne sich nur für große Länder. Ich habe es nie verstanden und nie akzeptiert, wieso Unternehmensmitbestimmung erst bei 2 000 Beschäftigten gelten soll.

Auch in das Aktienrecht könnte ein verpflichtender Katalog von zustimmungspflichtigen Geschäften aufgenommen werden. Bestimmte Entscheidungen wie Betriebsschließung, Standortverlagerungen und Massenentlassungen könnten dann nur mit Zweidrittelmehrheit getroffen werden, ähnlich wie im VW-Gesetz. Also nicht gegen die Arbeitnehmerseite. Warum sollte das nicht möglich sein?

Die Kolleginnen und Kollegen bei VW haben ja aller Welt bewiesen: Erweiterte Mitbestimmungsrechte, wirtschaftlicher Erfolg und gute Unternehmenskultur können Hand in Hand gehen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Eurokrise spitzt sich von Tag zu Tag zu. Der gemeinsame Währungsraum ist in Gefahr.

Ich betone: Wir sind für den Euro. Die deutsche Wirtschaft profitiert massiv vom Euroraum. Über 60 Prozent der deutschen Exporte gehen nach Europa.

Politisch ist und bleibt die europäische Integration eines unserer wichtigsten Projekte. Wir brauchen deshalb nicht weniger, sondern mehr Europa! Wir wollen Europa sozial und ökologisch weiterentwickeln und nicht nur als eine Währungsunion begreifen.

Wir brauchen ein politisch starkes Europa auch, um auf weltwirtschaftliche Prozesse Einfluss zu nehmen.

Ganz kritisch sehe ich, das heutige Krisenmanagement der Bundesregierung. Es ist hilflos und zögerlich. Ganz anders als 2008 und 2009, als rasch und wirksam gehandelt wurde.

Die Anforderungen liegen auf dem Tisch: Die Staatsfinanzen müssen vor der Willkür der Finanzmärkte geschützt werden. Wir brauchen einen echten europäischen Währungsfonds.

Es reicht eben nicht, europaweit eine strikte Schuldenbremse einzuführen. Die Gefahr ist viel zu groß, dass sich Europa in eine Rezession hineinspart.

Neben der Sanierung der Staatsfinanzen wäre es mindestens ebenso wichtig, die Konjunktur in Europa zu stützen. Den am schwersten betroffenen Ländern muss dabei geholfen werden.

Ich unterstütze die Idee eines europäischen Marshallplanes, der diesen Ländern wieder konjunkturelle Impulse gibt. Solche Maßnahmen muss man ergreifen.

Es ist völlig richtig: Auch in den betroffenen Staaten muss sich etwas ändern. Griechenland muss zum Beispiel endlich ein effektives Steuersystem aufbauen, dabei braucht die Regierung europäische Hilfe statt Besserwisserei und chauvinistische Ergüsse. Europa ist auch ein Projekt der Solidarität.

Es nützt niemandem, wenn das Land in einer Krise versinkt, wenn es Gehälter und Renten nicht mehr zahlen kann.

Aber dies alles ist nicht genug. Diese Krise hat offenbart, wie unzulänglich die europäischen Institutionen immer noch sind.

Der nächste mutige Integrationsschritt ist überfällig: Wir brauchen eine einheitlich agierende, demokratisch legitimierte und mit Weisungsrecht ausgestattete europäische Wirtschaftsregierung, die EU-Kommission kann diese Aufgabe nicht erfüllen. Wir brauchen auch ein starkes europäisches Parlament.

Um die strukturelle Unterfinanzierung der Staatshaushalte zu beseitigen, benötigen wir ein ergiebigeres und gerechteres Steuersystem. Damit gewinnt der Staat dauerhaft und nachhaltig Handlungsfähigkeit zurück.

Dazu gehört, dass Reiche und Vermögende stärker in die Verantwortung genommen werden, insbesondere durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer, höhere Erbschaftssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz.

Deutschland wird damit in Europa seiner Verantwortung als größte Volkswirtschaft gerecht und kann Stabilitätsanker bleiben.

Denn in einer instabilen Welt müssen wir in Europa so viel Stabilität schaffen wie möglich. Dazu gehört ein klares und eindeutiges Bekenntnis zum vereinten Europa! Auf die IG Metall kann man sich dabei verlassen!

5. INTERNATIONALES

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Globalisierung stellt immer wieder neue Anforderungen an die Gewerkschaften. Wir müssen über Ländergrenzen hinweg viel stärker kooperieren, stärker als in der Vergangenheit. Nicht nur die Gewerkschaftsspitzen, sondern gerade die Kolleginnen und Kollegen auf der betrieblichen Ebene.

Wir müssen die internationale Gewerkschaftsarbeit durch eine pragmatische, an den betrieblichen Erfordernissen ausgerichtete Basisarbeit ergänzen.

Es gibt einzelne Konzerne, in denen unsere Kolleginnen und Kollegen Netzwerke aufgebaut haben. Viele arbeiten gut. Aber insgesamt meine ich: Wir haben diesem Ansatz zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Wir brauchen deshalb eine Initiative, die solche Netzwerke vorantreibt, koordiniert und unterstützt.

Das ist weder Beschäftigungstherapie noch Sozialromantik. Basisnetzwerke können die Arbeit der Betriebsräte hervorragend ergänzen. Sie sind auf Vertrauen aufgebaut. Sie können Impulse setzen.

Lasst uns von den bestehenden guten Beispielen lernen und sie auf eine breitere Basis stellen.

Über die Grenzen gemeinsam handeln – das ist das wirksamste Mittel, sich gegen globale Erpressungsversuche der Konzerne zu wehren. Das ist konkrete internationale Solidarität!

6. KURSWECHSEL UND LINKER REFORMISMUS

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

für einen Kurswechsel brauchen wir eine politische Strategie. Sie hat einerseits langfristige Ziele. Andererseits muss sie uns im Hier und Jetzt handlungsfähig machen und halten. Der französische Sozialwissenschaftler Robert Castel nennt das „linker Reformismus“.

Linker Reformismus ist für mich eine Politik, die immer wieder neu nach Wegen für die Emanzipation der Menschen sucht. Linker Reformismus nutzt die Handlungsspielräume aus. Er passt sich nicht an, sondern will eingreifen, gestalten und verändern.

Im Kampf um eine gerechtere Gesellschaft ist er die fortschrittlichste Option.

Wenn ich für einen linken Reformismus plädiere, dann ist der Unterschied zum Neoliberalismus nicht auf die Frage „Marktwirtschaft ja oder nein“ zu reduzieren. So simpel ist die Welt nicht.

Mich erstaunen immer wieder die Potenziale von Märkten, Innovationen hervorzubringen und Güter effizient zu verteilen. Genauso wie mich die Exzesse entfesselter Märkte abstoßen. Das ging im übrigen bereits Karl Marx so.

Eine Revolution und die Abschaffung des Marktes halte ich deshalb weder für realistisch, noch für sinnvoll.

Der zentrale Konflikt dreht sich nach meiner Überzeugung um die Frage: Beherrscht der Markt die Gesellschaft, oder nutzt die Gesellschaft die positiven Mechanismen von Märkten. Wie kann Marktwirtschaft mit den gesellschaftspolitischen Zielen verbunden werden?

Wir müssen neue Mechanismen entwickeln, die einen immer mächtigeren Markt zähmen. Mechanismen, die Interventionen des Sozialstaates und öffentliche Dienstleistungen ermöglichen, ohne die Globalisierung der Ökonomie zu ignorieren.

Mit diesem Reformprojekt wollen wir die Bedingungen für ein selbstbestimmtes, gutes und erfülltes Leben schaffen. Daran messe ich alle Vorschläge.

Kriterium ist nicht die Eigentumsfrage.

Obwohl Landesbanken – um nur ein Beispiel zu nennen – formal demokratisch legitimierte Aufsichtsgremien haben, haben sie sich an aberwitzigen Spekulationen beteiligt.

Mit der Schwarz-Weiß-Folie „Privatunternehmen oder Staatsunternehmen“ kommen wir nicht weiter.

Die Mitbestimmungspraxis bei VW und in einigen Stiftungsunternehmen zeigen, wie die Position der Beschäftigten auch in privatwirtschaftlichen Unternehmen gestärkt werden kann.

Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Anerkennung und Respekt des oder der Einzelnen sind unsere Ziele. Ökonomische Kennziffern sind allenfalls Mittel zum Zweck. Unser großes, übergreifendes Ziel ist das gute Leben für alle Menschen.

Aber ich muss auch selbstkritisch sagen: Wir haben den Begriff und den Inhalt von Freiheit nicht genügend gegen die neoliberale Okkupation verteidigt.

Der neoliberale Freiheitsbegriff ist entstellt.

Die Neoliberalen verstehen unter Freiheit freie Märkte. In Wirklichkeit ist es genau umgekehrt: Die Menschen erleben entfesselte Märkte als Zwang. Alles und jeder hat sich seinen Mechanismen unterzuordnen. Der entfesselte Markt ist zur Gefahr für die Freiheit geworden.

Gerechtigkeit und Solidarität sind nicht die Gegenpole zur Freiheit. Sie gehören zusammen. Deshalb sage ich: Nur Gerechtigkeit und Solidarität geben allen Menschen die Freiheit, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.

Kolleginnen und Kollegen,

Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit bedrohen ebenfalls unsere Freiheit. Das wird uns die nächsten Jahre auch nicht verlassen.

Verbale Gewalttätigkeit, Ausgrenzung, Diffamierung, das Säen von Hass und Niedertracht – das ist der vergiftete Nährboden, auf dem rechtspopulistische Demagogen überall in Europa wachsen.

Früher kamen sie in schwarzen Lederstiefeln, heute tragen sie oft Schlips und Kragen. Aber sie sind so gefährlich wie eh und je.

Da ist kein Argument zu dumm, keine These zu primitiv, um Menschen abzuwerten und zu beleidigen.

Einwanderer, Muslime, Sinti und Roma oder angeblich „faule Südländer“ werden zu Sündenböcken gemacht. Sie setzen darauf, dass jeder demagogische Schwachsinn in Teilen der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden stößt.

Als Menschenrechtsorganisation bekämpfen wir jede Form von Rechtsextremismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus. Das ist eine Überlebensfrage für uns und für unsere demokratische und freie Gesellschaft!

Deshalb bleiben wir dabei: Die NPD und andere rechtsextremistische Organisationen verstoßen gegen unsere Verfassung. Wir fordern ein Verbot der NPD und ihrer Hilfsorganisationen!

7. UNSERE HANDLUNGSFÄHIGKEIT STÄRKEN

Kolleginnen und Kollegen,

große Demonstrationen, Massenkundgebungen auf Straßen und Plätzen, Zeltlager und viele fantasievolle Aktionen – das ist Einmischung, Beteiligung und gelebte Demokratie.

Das findet Eingang in die Schlagzeilen der Zeitungen, darüber berichtet die Tagesschau, und auf You-Tube finden wir darüber witzige und kreative Filme.

Da können wir manches lernen. Mit guten Einfällen und neuen Ideen, lebendig und frech, können wir zuweilen mehr Menschen erreichen. Wir sind da auf einem guten Weg, wollen aber noch besser werden.

Ich will aber auch noch auf etwas anderes hinweisen. Das ist mir sehr wichtig. Einmischung und Beteiligung sind nicht nur spektakuläre, öffentlichkeitswirksame Aktionen.

Die tägliche Kleinarbeit unserer über 100 000 Betriebsräte und Vertrauensleute, die Konflikte die sie austragen, ihr Einsatz für die ganze Belegschaft und noch viele häufiger für einzelne Kolleginnen und Kollegen, diese sprichwörtlichen Mühlen in der Ebene und das ausdauernde Bohren dicker Bretter, das bleibt oftmals von Journalisten und Öffentlichkeit unbeachtet, das ist unspektakulär und keine Schlagzeile wert.

Darüber will ich nicht klagen, aber ich will hier auf unserem Gewerkschaftstag sagen: Diese Kleinarbeit ist für die Beschäftigten, für ihre Existenz, für ihre Familien und Kinder, mindestens genau so wichtig wie alle großen öffentlichkeitswirksamen Aktionen.

Die Beharrlichkeit, die Ausdauer, der Optimismus unserer Betriebsrätinnen, Betriebsräte und Vertrauensleute, das macht uns als IG Metall stark.

Das hat dafür gesorgt, dass wir in den Betrieben verwurzelt sind, dass wir glaubwürdig bei den Beschäftigten sind und dass wir bei Arbeitgebern, Politik und

Öffentlichkeit als die Interessensvertretung der Beschäftigten respektiert und anerkannt sind. Dieses tägliche Engagement ist lebendige Demokratie.

Die Arbeiterbewegung hat ihre schlimmsten Niederlagen immer dann erlitten, wenn sie gespalten und zerstritten war.

Solidarität und Einigkeit hat sie stark gemacht.

Wir haben uns deshalb bewusst für die Idee der Einheitsgewerkschaft entschieden.

Nicht, weil wir immer einer einheitlichen Meinung sind, sondern weil die gemeinsamen Interessen aller abhängig Beschäftigten nur in und von einer gemeinsamen Organisation wirkungsvoll vertreten und durchgesetzt werden können.

Es war unsere Geschlossenheit, unsere Einigkeit und unser geschlossenes Handeln, was uns in den vergangenen Jahren stark gemacht hat.

Als Erster Vorsitzender unserer IG Metall werde ich dafür eintreten, dass dies auch in den kommenden vier Jahren gilt. Das ist eine Bedingung für eine Einheitsgewerkschaft.

Offene Diskussion und gemeinsames Handeln sind für mich kein Widerspruch. Gemeinsames Handeln setzt die freie Aussprache voraus.

Die Verbindlichkeit unserer gemeinsamen Beschlüsse, das Eintreten für unsere Positionen gerade durch die Führungsgremien und Führungspersonen unserer IG Metall halte ich für unverzichtbar, wenn wir wirkungsvoll die Interessen der Beschäftigten vertreten wollen.

Das muss auch gerade dann gelten, wenn uns der Wind ins Gesicht bläst. Einheitsgewerkschaft heißt, wir vertreten die Interessen aller unserer Mitglieder und aller Beschäftigten – und nicht nur die einer Region, Strömung oder einer Weltanschauung.

Deshalb sind wir auch gegen Standesorganisationen und Splittergewerkschaften. Zersplitterung stärkt nicht die Gewerkschaft und nicht die Interessenvertretung.

Einheitsgewerkschaft heißt für uns natürlich nicht, dass wir politisch neutral sind. Das heißt für uns: Wir werden uns nicht einer Partei oder Regierung unterordnen. Die Interessen der abhängig Beschäftigten bleiben der Maßstab für unser Handeln. Aber auch das will ich sagen: Nicht alles kann immer so bleiben, wie es ist. Die Welt ändert sich. Und auch die Menschen ändern sich. In ihren Ansprüchen und Erwartungen, in ihrer Kommunikation und wie sie ihr Leben gestalten wollen.

Diese Veränderungen müssen wir erkennen und sie für uns nutzen.

Auch wir sind – bei aller fortschrittlichen Beschlusslage – in manchen Dingen ziemlich strukturkonservativ. Mit großem Respekt vor unserer Arbeit in den Betrieben sage ich: Es gelingt uns nicht überall und noch nicht genügend, Angestellte und Frauen für eine Mitgliedschaft und Mitarbeit in der IG Metall zu gewinnen.

Wir sind hier besser geworden, in vielen Betrieben erfolgreich, das will ich nicht unterschlagen. Da ist richtig gute Arbeit geleistet worden. Aber das reicht nicht.

Wir müssen, wenn wir durchsetzungsfähig bleiben wollen, unseren Organisationsgrad in einigen Branchen und in einigen Beschäftigtengruppen deutlich erhöhen.

Ich plädiere für Veränderungen. Aber ich weiß auch, das ist eine immer wiederkehrende Erfahrung, Veränderungen können nicht von oben verordnet werden – wenn sie dauerhaft wirken sollen. Sie können nicht erzwungen werden. Das bleibt nur an der Oberfläche.

Veränderungen müssen aus Überzeugung wachsen. Vor allem: Sie müssen in der täglichen Praxis gelebt werden.

Es gibt viele gute theoretische Abhandlungen darüber, was ein „demokratischer Diskurs“ ist.

Ihn in der Praxis aber auch zu führen, ist viel schwerer. Ich nehme mich da nicht aus. Denn demokratischer Diskurs bedeutet zuerst: Zuhören können, die Argumente des anderen verstehen und ernst nehmen, nachdenken, sich über das Für und Wider austauschen – und erst dann zu einer Entscheidung kommen. Das geht in

der Hektik des Tagesgeschäfts, im Zeitdruck und der Vielzahl der Anforderungen oft unter. Manchmal ist das aber auch ein Alibi, weil wir die schlechte Gewohnheit der Besserwisserei nicht aufgeben wollen. Manchmal glaube ich, mit dem Rauchen aufzuhören, ist leichter.

Wir wollen Menschen überzeugen, und nicht überrumpeln. Vor allem: Wir müssen auch bereit sein, uns von anderen überzeugen zu lassen, wenn sie die besseren Argumente haben.

Natürlich: Das verletzt bei manchem den Stolz und das Selbstbild.

Wirkliche Klugheit, Kolleginnen und Kollegen, ist auch die Einsicht in die eigene Unwissenheit und Unvollkommenheit. Machen wir uns nichts vor: Wenn wir das durch großspuriges Auftreten kaschieren – die anderen merken es dann erst recht.

Kolleginnen und Kollegen,

unsere IG Metall und unsere Vorläuferorganisationen gibt es seit 120 Jahren. Wir haben in dieser langen Geschichte schlimmste Angriffe und Katastrophen erlebt und erlitten.

Aber wir sind immer wieder aufgestanden.

Wir waren 2008 und 2009 mit ökonomischen Herausforderungen konfrontiert, wie wir sie seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht kannten. Aber wir haben sie bewältigt.

Das macht uns Mut.

Und diesen Mut werden wir brauchen.

Ich habe heute bewusst keine Beruhigungspillen verteilt, keine Entwarnung gegeben. Das sehe ich als meine Pflicht. Denn die Aufgaben in den kommenden Jahren werden nicht leichter.

Gemeinsam wollen wir für einen Kurswechsel, für ein Gutes Leben für alle streiten.

Ich bin zuversichtlich: Wir werden die Aufgaben bewältigen, weil wir eben nicht resigniert sind.

Wir werden sie bewältigen, weil wir optimistisch und kämpferisch sind.

Und vor allem. Wir werden die Aufgaben bewältigen: offen, einig und solidarisch.